

Dr. Reinhard J. Voß

Das Primat des Zivilen neu denken – Visionen für eine zukünftige Agenda („inhaltlicher Übergang zwischen Tagung und Plenum“)

Berlin, 2. Mai 2010, 9.00 bis 10.30 Uhr

Vorweg als meditativ-politischer Einstieg Zitate der „Goldenen Regel“ aller Weltreligionen (nach Markus A. Weingardt, Religion Macht Frieden. Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten, Kohlhammer 2007, S.11)

Teil I: Drei Aspekte zur Wichtigkeit, Community- und Advocacy-Arbeit für ZKB zu verstärken

1. Bei allem Erfolg der ZKB im letzten Jahrzehnt muss man zur Bewertung der politischen Tragfähigkeit dieses Konzeptes – neben der erwiesenen friedenspädagogischen Erfolgsgeschichte – einen Schritt zurücktreten, um ihre politischen Perspektiven aufzuzeigen.

ZKB ist ein eigenständiges „Siegel“ mit wachsender (Außen-) Anerkennung und (Binnen-)Profilierung. Aber es steht in einer akuten Gefahr, Opfer des eigenen Erfolges zu werden. Friedensforscher sprechen nun von der „Instrumentalisierungs- bzw. Beratungsfalle“; andere von der „Komplementaritätsfalle“.

2. ZKB ist spätestens seit Mitte der 90er Jahre in der deutschen Gesellschaft und Politik *common sense* und als solche natürlich stark bedroht durch Vereinnahmungen. DESHALB versuchen es maßgebende Teile von Militär und Politik mit CIMIC-Variationen: die Notwendigkeit zivil-militärischer Ausrichtung ist ihr gutes Recht – aber die Kooperation mit Zivilorganisationen – oder gar deren Verdrängung - ist genau anzuschauen und ggffls. zu hinterfragen. Bundeswehr-Strategie ist es jedenfalls auch, diese Zusammenarbeit als Legitimationsgrundlage zu verankern. Zuletzt hat dies ganz aktuell Entwicklungsminister Niebel gefordert, indem er die Unterstützung der Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Kooperation mit der Bundeswehr zu koppeln forderte. Das hieße schlicht: Entwicklungshilfe zur Abstützung der militärischen Strategie – nicht als eigenständiges Instrument für nachhaltige Entwicklung und Friedensförderung.

Auf der Homepage der Bundeswehr heißt es dazu sehr grundsätzlich (Zugriff 20.4.10):

Die Bundeswehr muss ihren militärischen Auftrag inmitten der Bevölkerung und im engen Verbund mit internationalen Organisationen erfüllen. Dazu braucht der militärische Führer vor Ort entsprechende Informationen: Wer sind die lokalen Entscheidungsträger? Welche Ethnien leben im Einsatzgebiet? Welche Organisationen arbeiten hier? Wie ist es um Infrastruktur, Bildung und Gesundheit der Bevölkerung bestellt? Wo lauern vielleicht latente Konflikte? Auf diese und zahllose andere Fragen Antworten zu finden, ist die Hauptaufgabe der CIMIC-Soldaten. Militärisch ausgedrückt: Sie erstellen ein „ziviles Lagebild“ und beraten den jeweiligen Kommandeur bei seinen Entscheidungen. (...)Information ist also alles bei CIMIC. Die Soldaten bauen Netzwerke auf, knüpfen Verbindungen, sprechen mit lokalen Autoritäten und der Bevölkerung. Sie sind im Einsatzgebiet unterwegs, werten aber auch die Medien und das Internet aus. Dabei entwickeln sie auch Ideen für Maßnahmen und Projekte, die der Zivilbevölkerung helfen und der Truppe die Erfüllung ihres Auftrages erleichtern - und sei es durch ein hohes Ansehen im Einsatzgebiet. (...)Maßnahmen helfen schnell: Hat beispielsweise ein Erdbeben die Verbindungsstraße zwischen zwei Dörfern unterbrochen, rücken Pioniere der Bundeswehr mit schwerem Gerät an. Projekte dagegen sind auf Nachhaltigkeit angelegt. Sie unterstützen zum Beispiel den Wiederaufbau, die Rückkehr von Flüchtlingen oder die Verbesserung des Bildungswesens.

Dabei sind die CIMIC-Soldaten Ideengeber, Berater, Koordinatoren, aber nicht Finanziere: Projekte werden generell fremdfinanziert. Die Spanne der „Geldgeber“ reicht vom Auswärtigen Amt oder dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit über nationale und internationale Organisationen bis hin zu freigiebigen Privatpersonen. Auch Bundeswehrsoldaten in Deutschland und in den Einsatzgebieten spenden oder sammeln Spenden. Ihre Verwendung unterliegt zwei Grundsätzen: „Strikte Neutralität“ und „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Gegen diese Vereinnahmung des Zivilen durch das Militärische setze ich die Definition von ZKB, wie ich sie seit langem verwende und in das Papier „Friedenspolitische Richtlinien“ der Kooperation für den Frieden (Dez.2003; 2. Aufl. 3/2004) eingebracht habe:

“Zivile Konfliktbearbeitung” (ZKB) ist der bewusste Einsatz nicht-militärischer Mittel zur Vermeidung, Beilegung und Nachsorge gewaltsamer Auseinandersetzungen. ZKB ist ein weites Aufgabenfeld und zugleich ein Gesamtsystem von Institutionen und Mitteln. Der Grundgedanke ist die Suche nach

Lösungen, die für alle Beteiligten eines Konfliktes akzeptabel sind. Die ZKB ist von der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden und zu fördern, auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Auf keinen Fall sind ZKB-Maßnahmen in militärische Maßnahmen einzuordnen oder diesen unterzuordnen.

Die aktuellste Definition in der Plattform ZKB (Grundsatzpapier ZKB im Inland, 6-2009) spricht von „konstruktiver Konfliktkultur“ und definiert innenpolitisch – nun ohne Bezug zum Militär:

„Grundlage der zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) ist ein Konfliktverständnis, welches davon ausgeht, dass in Konflikten die Bedürfnisse von Menschen in Verhandlung gebracht werden. Durch die Klärung der Bedürfnisse und Interessen sowie eine gemeinsame Suche nach Lösungen, können die Logik von Gewinnen und Verlieren überwunden und ein für alle Seiten positiver Ausgleich erreicht werden. Konflikte können so als Chancen und Potential zur Bearbeitung von Problemsituationen und zur Weiterentwicklung von Individuen, ihren Beziehungen und Strukturen verstanden werden.“
Als Arbeitsfelder werden u.a. genannt: „Mediation, Täter-Opfer-Ausgleich, Gemeinwesenarbeit, Antirassismusbearbeitung, transkulturelle / interkulturelle Arbeit, Beratungs- und Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung, Friedenspädagogik, Gewaltprävention“.

3. Zurück zum Verhältnis ZKB und Militär: Ich habe mich in meiner Eigenschaft als pax christi-Generalsekretär und in anderen Funktionen der Friedensbewegung (z.B. in der Kooperation für den Frieden) immer gegen die Versuche von Militärs in Dialogen gewehrt, die uns unsere Wichtigkeit bescheinigten, um dann aber das Zugeständnis zu verlangen, unser Ansatz sei nur in einem „Mix“ zivil-militärischer Strategie sinnvoll und umsetzbar. Hier zeigt sich ein für die Friedensorganisationen möglicherweise gefährlicher Pragmatismus.

Als Beispiel möchte ich anführen, wie sich dies gerade im April 2010 wieder so darstellt zwischen meiner Nachfolgerin im Christine Hoffmann und dem NATO-General Karl Heinz Lather – auf der Vollversammlung des ZdK in München am 16.4.2010.

NATO-General Lather sagte (unter Berufung auf die Kirchen-Stellungnahmen zum Gerechten Frieden!):

„Wir dürfen militärische Gewalt nicht kategorisch ausschließen. Weder humanitär noch als Intervention in einen Unrechtsstaat, noch in einem zwischenstaatlichen Konflikt (...) wenn alle anderen Anstrengungen vergeblich geblieben sind.“ Der Schutz der Bevölkerung stehe im Mittelpunkt und es gehe um die „Isolierung

der Aufständischen“ („Counter Insurgency“). Und grundsätzlich zu unserem Thema sprach er von einem angeblich breit akzeptierten „ganzheitlichen Ansatz“ moderner Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik: „Wir sprechen heute von „Comprehensive Approach“ oder von „Vernetzter Sicherheit“ – dabei kommt es auf die Komplementarität des Handelns an, nicht jedoch auf Konfrontation oder einen Wettbewerb der Akteure.“

Pax Christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann setzt dagegen auf die These: „Aus der vorgesehenen Schutzfunktion der Bundeswehr für Maßnahmen zum zivilen Aufbau des Landes sind direkte Kampfhandlungen geworden – mal mit „Aufstandsbekämpfung“ begründet, mal mit der Eindämmung des internationalen Terrorismus.“ Dies habe nicht Wiederaufbau und Stabilität gefördert, „sondern die Zerrissenheit der afghanischen Gesellschaft und die Gewalt im Lande stetig vergrößert“. (Zitat von Bischof Algermissen) Ihre zweite Grundthese war: „Wer Handeln will, muss nicht kämpfen.“ Dazu nannte sie regionale Waffenstillstandsvereinbarungen, Vernetzung der Friedenskräfte und –bewegungen, Förderung und Beachtung der nationalen Friedens-Jirga, der es z.B. nach der Bombardierung der Tanklastzüge vom 4.9.2009 durch die NATO bei Kunduz gelang, „auf einen Racheakt zu verzichten“. Statt darauf einzugehen, hat eine Großoffensive der NATO 133 Aufständische getötet, darunter den verhandlungsbereiten Talibanführer Mullah Qari Basschir! Sie warb dann in ihrem Beitrag für konsequente zivile Alternativen, Achtung von Frauen- und Menschenrechten und konsequente und massive zivile Hilfsmaßnahmen, denn „Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung sind als wirklich Alternative nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden.“ Dann wörtlich: „Warum wagen wir es nicht, dem zivilen Aufbau faktischen Vorrang einzuräumen und ihn von der militärischen Belastung zu befreien?“ Nur so sei der Eigendynamik des Gewalteinsatzes (Grundthese in „Gerechter Friede“) ein Ende zu bereiten?!

Und kürzlich fand ich als Kronzeugin auch die mir aus gemeinsamen Aktionen in den 80er Jahren persönlich bekannte Direktorin von „Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Weitzel, auf unserer Seite, als sie sich engagiert gegen dieses mix-Konzept wandte; Überschrift des Interviews: „CIMIC ist der Totengräber des humanitären Völkerrechts“! (in: zivil 1/2010, S.32-3) Sie wandte den Versuch der „strukturellen Einbindung zivilgesellschaftlicher – lokaler wie internationaler – Kräfte“ seitens der militärische Operationsführung zurück: humanitäre Hilfe werde so „zum glatten

Gegenteil dessen, wozu sie gedacht ist“. Deren Unabhängigkeit sei nämlich „das Herzstück der internationalen Codes of Conduct der humanitären Hilfe. Diese Unabhängigkeit wird durch CIMIC nachhaltig untergraben. CIMIV ist der Totengräber des humanitären Völkerrechts.“

Auf diesem realpolitischen Hintergrund ist der Trend-Beschluss dieses Wochenendes umzusetzen: mehr Community- und Advocacy-Arbeit leisten!

Teil II: 1. Vision: Vorrang für zivil

4. Wir müssen die Definitionshoheit zentraler Begriffe zur ZKB zurück gewinnen.

Ich möchte das bisher Gesagte noch ergänzen und zuspitzen in der These: gerade deshalb – wegen der erwähnten Vereinnahmungsprozesse - müssen wir zivilen Organisationen und Bewegungen den Militärs und entsprechenden Politikern die Versuche der Definitionshoheit von Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding wieder streitig machen und diesen Dreischritt bzw. diese Dreifach-Ebene zivil umsetzen helfen – so wie sie gedacht und konzipiert waren. Ich beziehe mich nochmals auf das Papier „Friedenspolitische Richtlinien“ der Kooperation für den Frieden (2003/4), an denen ich mitgearbeitet habe.

Friedenssicherung und Gewaltprävention (peacekeeping):

Frühwarnsysteme, die rechtzeitig vor einem gewaltsamen Ausbruch warnen und Möglichkeiten aufzeigen, wie gewaltverhütend eingegriffen werden kann, werden aufgebaut, bzw. bestehende wie das Konfliktverhütungszentrum der OSZE in Wien werden unterstützt.

Im Zentrum dieser Arbeit steht die genaue Beobachtung der Konfliktgegenstände, der Anliegen der Konfliktparteien, der Gefahren der Eskalation sowie der Sichtweisen aller Beteiligten. Ebenso wichtig ist das Monitoring, d.h. die Beobachtung und Überwachung umstrittener Ereignisse, z.B. von Wahlen, um damit internationale Präsenz zu zeigen, zu dokumentieren und Öffentlichkeit herzustellen. Eine weitere Möglichkeit ist der Schutz gefährdeter Personen durch Begleitung internationaler Beobachter.

Friedensschaffung, Problemlösungsansatz (peacemaking):

Mit Hilfe von stiller Diplomatie können indirekte Kontakte zwischen Konfliktparteien etabliert oder Verhandlungsvoraussetzungen

geschaffen werden.(z.B. einen Verhandlungsort zur Verfügung stellen). Mediation kann angeboten werden, um in den Verhandlungsvorgang vermittelnd einzugreifen. Gewalterfahrungen führen oft zu kollektiven Traumata. Deswegen sind Methoden wichtig, mit denen der Beziehungsaspekt der beteiligten Gruppen auf unterer gesellschaftlicher Ebene wieder verbessert werden kann. Genauso wichtig ist die Stärkung der Konfliktbearbeitungskompetenz der Konfliktparteien, welche durch Friedenserziehung, Beratung, Schulung u.s.w. zu erreichen ist. Auch durch Schiedsgerichtsbarkeit, durch positive und negative Sanktionen kann zwar mittels Druck, aber auf nicht-militärischem Wege, Einfluss in Richtung Problemlösung genommen werden.

Friedenskonsolidierung (peacebuilding):

Durch Aufbau-, Entwicklungs-, Flüchtlings- und humanitäre Hilfe wird zur Stabilisierung des Friedens beigetragen. Kredite, Fachkräfte und Wiedereingliederungsbeihilfen sind dabei weitere Möglichkeiten.

Hilfen beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen stärken die zivilgesellschaftliche Ebene und damit die Möglichkeiten der jeweiligen Gesellschaft, mit ihren Konflikten auf gewaltvermeidende Art umzugehen.

5. Nach einem berühmten Wort von Ernst Bloch brauchen „Visionen Fahrpläne“; der bisherige Fahrplan von ZKB und möglicherweise auch des ZFD droht in die Sackgasse der ministeriellen Umarmung zu führen. ZKB reicht offensichtlich als politische Grundlage nicht aus, eine wirksame Alternative zum Militär zu schaffen oder dies gar überflüssig zu machen. So war der erste Impuls zum „ZFD (Prof. Ebert; BSV) angelegt! Die Selbstbeschränkung der „Plattform ZKB“ besonders auf spezialisierte AGs sowie auf die Kombination von „Advocacy“ und „Community“ ist wohl das Optimale, was sie derzeit leisten kann – und gut leistet, wenn sie die vorgelegten weiteren Schritte ergreift. - Aber: Die neue Satzung der Plattform betont mit Recht (§ 3, Abs.1b) als Haupt-Aufgabe, „in gesellschaftlichen und politischen (!) Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen für die ZKB und ihren Vorrang, eine Stärkung ihrer Potenziale sowie ihre Ausstattung mit Ressourcen *einzutreten* sowie die Verankerung der ZKB in politischen Programmen und Handlungsfeldern *zu fördern*“.

Das ist sozusagen das Wunschergebnis der gewollten Verbindung von „Community- und Advocacy-Arbeit“. Für diese Arbeit und für

dieses Projekt müssen die entsprechenden Ressourcen von Staat und/oder Gesellschaft bereitgestellt werden.

Meine bescheidene Vision I wäre also eine Ausweitung und Anwendung dieser Lobby-Sicht mit dem realistischen Ziel der erheblichen Mittelerhöhung zu ihrer noch wirksameren Realisierung. Denn: Es geht nicht an, dass das Militär als "letztes Mittel" tausendfach besser ausgestattet ist, als die Mittel der ersten Wahl, die Mittel ziviler Konfliktbearbeitung.

Teil III – 2. Vision: neue politische Strukturen für ZKB und ZFD

6. Es gäbe darüber hinaus in „Öffentlichkeit und Politik“ mittelfristig die Chance einer Kombination von ZKB als pädagogischer und politischer Praxis, d.h. z.B. die argumentative Unterstützung von (a) ZKB im Inland und (b) eines ausgebauten starken ZFD. Ein gestärkter und deutlich ausgeweiteter ZFD wäre eine mögliche langfristige Alternative zu Militäreinsätzen, deren beschränkte Wirkung auch Insider dort zugeben. Es geht
 - (a) um die Zivilisierung von Konflikten innerhalb unserer mit wachsenden Spaltungen und Spannungen konfrontierten Gesellschaft.
 - (b) (langfristig) um eine logistisch-strategische, finanzielle und politische Alternative zum Militär, also um eine neue Perspektive und nicht nur um ein Anhängsel oder eine Variante von Entwicklungsdienst.

Wolfgang v. Eichborn, einer der Pioniere von Friedens- und Entwicklungsdiensten in Deutschland, freute sich im Mai 1970 nach der Einführung des Entwicklungsdienstes (1969), dass neben dem Wehrdienst nun „als erster Friedensdienst der Entwicklungsdienst“ anerkannt worden sei und das, nachdem er schon damals mit den Seinen jahrelang für einen „zivilen Friedensdienst“ gestritten hatte.

Die große Frage ist auch nach der Einführung eines ZFD 1998 noch größer geworden, nämlich: ob dies nicht politische Illusion ist, dadurch den Militärdienst zu ersetzen oder wenigstens stark zu relativieren/ zu reduzieren.

Deshalb ist über zivilgesellschaftliche Trägerschaften des ZFD und über deren Stärkung noch mehr nachzudenken – durchaus in der schon bestehenden Verbindung zum Staat (wie bei der Entwicklungshilfe üblich) mit Global-Überweisungen des Staates an zentrale zivil-gesellschaftliche Verteilerstellen (wie die ev. EZE

und die kath. KZE), deren Entscheidungen über Entwicklungs- und Friedensprojekte autonom fallen. Aber das ist eben keine einfache Unterstützung der staatlichen Arbeit, sondern im Gegenteil, die Forderung an den Staat, nicht-staatliche Alternativen auch durch ihn, den demokratischen Staat, zu fördern – denn nach Wolfgang Böckenförde, dem früheren Bundesverfassungsrichter, lebt der Staat ja von Bedingungen, über die er selbst nicht verfügen kann.

Auf die dazu in einer AGDF-Studie sehr verdienstvoll zusammengestellten „Erwartungen an das Friedenshandeln von Christen und Kirchen“ wäre gesondert - aber nicht hier - einzugehen (Gewaltfrei streiten, 2008, Kap. 9).

Meine Vision II zielt – sozusagen in zwei Stufen - auf neue politische Strukturen und Akzente:

- Dazu bedarf es aber einer Zuordnung des **ZFD ins Außenministerium** statt ins Entwicklungs- oder gar Verteidigungsministerium. (Dort wurde ja auch schon das ZIF – Zentrum für Internat. Friedenseinsätze - angesiedelt sowie auch das ifa - Institut für Auslandsbeziehungen („Das ifa engagiert sich weltweit für Kunstaustausch, den Dialog der Zivilgesellschaften und die Vermittlung außenkulturpolitischer Informationen.) und das zivik-Programm – Programm Zivile Konfliktbearbeitung („Das *Programm zivik* fördert internationale Friedensprojekte in Krisenregionen und berät Nichtregierungsorganisationen sowie das Auswärtige Amt.“) Es geht um nichts weniger als um eine Ausweitung außenpolitischer Handlungsoptionen Deutschlands als ziviler Friedensmacht.
- Noch besser wäre die **Schaffung eines neuen Ministeriums für ZKB und ZFD** – analog dem Abrüstungsministerium unter Rainer Eppelmann in der ausgehenden DDR. Dies könnte geschehen durch die Fortentwicklung des bisher zahllosen und Kompetenzgerangel ausgesetzten „Beauftragten für ZKB“. Es stünde gleichberechtigt, aber eng verknüpft, neben den 3 Ministerien für Außenpolitik, für Verteidigung und für Entwicklung.

Christine Schweitzer hat dazu kürzlich eine inspirierende praktische Beispiel-Sammlung vorgelegt (ifa 2009). Das ifa kündigt diese Studie u.a. mit den Worten an:

„Gewaltlose Konfliktaustragung hat nichts mit einer passiven Haltung oder gut gemeinten aber letztlich fruchtlosen Appellen zu tun. Ihr Potenzial ist groß, bislang aber nicht ansatzweise ausgeschöpft.“ Den Erfolg dieser Maßnahmen dokumentiert die Publikation mit *über 20 positiven Beispielen von der Konfliktprävention in Mazedonien, die Arbeit von Friedensbrigaden in Kolumbien, die Überwachung des Waffenstillstands auf den Philippinen oder den Beitrag von Mikrokrediten zum friedlichen Miteinander in Bangladesch.*

Hinweis auf eine hilfreiche neue Publikation einer „alten“ Streiterin für ZKB (von der Website der ifa, Zugriff am 22.4.10):

Christine Schweitzer: Erfolgreich gewaltfrei. Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung. – Stuttgart: ifa, 2009. – 89 Seiten

Die Studie des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) im Auftrag des Förderprogramms zivik weist Wege, Konflikte auch ohne Waffengewalt zu beenden oder gar nicht erst eskalieren zu lassen.

Gewaltlose Konfliktaustragung hat nichts mit einer passiven Haltung oder gut gemeinten aber letztlich fruchtlosen Appellen zu tun. Ihr Potenzial ist groß, bislang aber nicht ansatzweise ausgeschöpft. Ausgehend von dieser Annahme präsentiert die Autorin professionelle Ansätze und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung von der Prävention über die Suche nach Konfliktlösungen (Peacemaking), dem Schutz vor Gewalt- und Menschenrechtsverletzungen (Peacekeeping) bis hin zur Friedenskonsolidierung (Peacebuilding).

Den Erfolg dieser Maßnahmen dokumentiert die Publikation mit *über 20 positiven Beispielen von der Konfliktprävention in Mazedonien, die Arbeit von Friedensbrigaden in Kolumbien, die Überwachung des Waffenstillstands auf den Philippinen oder den Beitrag von Mikrokrediten zum friedlichen Miteinander in Bangladesch.* - Die umfassende Bestandsaufnahme richtet sich neben der interessierten Öffentlichkeit an Entscheidungsträger in Politik, Medien aber auch an zivilgesellschaftliche Akteure. Diesen will sie einen praxisnahen und entscheidungsorientierten "Werkzeugkasten" professioneller Methoden für eine Konfliktbearbeitung, die den Einsatz von Gewalt ausschließt, an die Hand geben.

Die Autorin Christine Schweitzer studierte Ethnologie und lebt in Hamburg. Als Wissenschaftlerin, Redakteurin und ehrenamtliche Helferin beschäftigt sie sich seit vielen Jahren mit internationaler Friedensarbeit und gewaltfreier Konfliktbearbeitung.

Quelle: <http://www.ifa.de/pub/dokumentationen/zivik-zivile-konfliktbearbeitung/>

Teil IV – 3. Vision: Ausweitung und Einbettung der ZKB in ein weltweites Konzept zivil verstandener vernetzter Sicherheit

7. Den Sicherheitsbegriff wieder und neu zivil statt militärisch verstehen!

Den wichtigen und von den Militärs zu einfach okkupierten Begriff der „vernetzten Sicherheit“ gilt es zurück zu holen ins Zivile! Hier ist großer Forschungs- und Definitionsbedarf. Um die Kooperation für den Frieden mit ihren „Friedenspolitischen Richtlinien“ von 2003 ein4 letztes Mal zu zitieren: dazu brauchen wir einen „anderen Sicherheitsbegriff“ (3.1.) statt eine militärisch fixierte Sicherheitspolitik. Den Begriff der „erweiterten Sicherheit“ hat das Militär offenbar schon wieder aufgegeben und spricht nun von einer „vernetzten Sicherheit“, als politisch übergreifendem Begriff für das gewünschte „Mix“ militärisch-ziviler Kooperation. Unsere „Richtlinien“ formulierten dazu: „Wir halten die militärische Sicherung von Rohstoffen, Märkten und Transportwegen nicht für einen Akt der Bedrohungsabwehr, sondern für Aggression gegenüber weniger stark gerüsteten Volkswirtschaften. Der „Human security“-Ansatz der UN bietet (hingegen) eine Basis für nicht-militärische Sicherheitsstrategien. Eine umfassende Analyse der vielfältigen heutigen Sicherheitsbedrohungen (...) führt unweigerlich zu einem alternativen Sicherheitsbegriff, der menschliche Sicherheit durch Entwicklung, Recht und demokratische Partizipation fördert.“ Als solche Sicherheitsbedrohungen, gegen die militärisch nicht viel auszurichten ist, nannten wir exemplarisch damals: ökologische Katastrophen, sozio-ökonomische Verwerfungen, Erosion von demokratischen und menschenrechtlichen Normen.

Schließlich ein Letztes:

Es steht jetzt an die Arbeit an einer tiefen kulturellen Veränderung unseres Landes und des Westens in Bezug auf Lebensstil, Wirtschaft und Gesellschaft (im Sinne einer „solidarischen Ökonomie“). Trotz westlicher Schuldbekenntnisse der Vergangenheit (Kolonialismus, Faschismus) sind wir Staaten des Nordwestens wieder Antreiber einer gefährlichen Tendenz innerhalb der Globalisierung zu Welt beherrschenden Machtstrukturen. Es ist wenig gelernt worden aus der Weltfinanzkrise. Diese Machtstrukturen aber sind spätestens nach / in dieser Welt-Finanzkrise obsolet geworden und müssen einem multipolaren Kooperationsmodell für die Eine

_____ weichen. Wie schwer und zugleich nötig das ist, hat der Weltklimagipfel von Kopenhagen kürzlich aller Welt gezeigt.

Meine Vision III ist also die einer zivilen weltweiten Kooperation zur Fortentwicklung und Rettung der Einen Welt. Hier ist die Aufgabe der globalen Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure und Strukturen so offenkundig wie dringlich!

Und genau mitten darin ist unser Netzwerk der Zivilen Konfliktbearbeitung einzuordnen sowie gesellschafts-politisch einzubetten. (Ich meine eine nicht-militärische Form, „embedded“ zu sein.)

8. Ich schließe mit meiner persönlichen Bemerkung; meine mich persönlich tragenden Visionen stehen in der Bibel, gerade auch schon im Hebräischen Testament – und zwar in dessen pazifistischen Akzenten, die schon damals im Streit mit höchst kriegerischen Strategien standen, bei den Propheten Micha und Jesaja.

Der eine, Micha, sieht das Umschmieden von Schwertern zu Pflugscharen und Sicheln zu Winzermessern visionär vor sich. Wirkmächtig wurde er damit, wie wir erfahren durften - auch in der gewaltfreien Revolution 1989 in der DDR.

Und der andere, Jesaja, träumt gerade angesichts von viel erlittener Gewalt und in dem Bewusstsein, dass es noch viel Friedensarbeit und Aufopferung kosten wird, von dem Feigenbaum im eigenen Garten, unter dem wir sitzen werden im künftigen Frieden.

Und dabei denke ich natürlich auch an Jesus, dessen Zeugnis bis zum gewaltfrei erlittenen Tod die Urquelle einer Religionsbewegung wurde, deren Auftrag – wenn historisch auch unendlich oft verdunkelt - der gewaltfreie Dienst für eine gerechte und Frieden erhaltende Welt ist.

ANHANG: ZKB im Inland

Grundsatzpapier: Zivile Konfliktbearbeitung im Inland

Juni 2009

Dieses Papier wurde von der **Arbeitsgruppe „Zivile Konfliktbearbeitung im Inland“** (ZKBI) verfasst. Sie ist eine Arbeitsgruppe der **Plattform Zivile Konfliktbearbeitung** (Plattform ZKB)¹ in der sich zivilgesellschaftliche Akteure und Einzelpersonen zusammengetan haben. Die AG hat zum Ziel, die zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland zu fördern. Dieses Papier ist Ergebnis eines Verständigungsprozesses innerhalb der AG über unser Verständnis von ziviler Konfliktbearbeitung und die aktuellen Herausforderungen in der deutschen Gesellschaft. Es soll als Grundlage für unsere gemeinsame Arbeit und den Austausch mit anderen Akteuren dienen.

1. Vor welchen Herausforderungen stehen wir?

Die deutsche Gesellschaft ist wie jede andere von Konflikten, widerstrebenden Interessen, sozialen Spannungen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Personen, Gruppen und Organisationen geprägt. In der Mehrzahl werden diese Konflikte durch bestehende individuelle Konfliktkompetenz sowie entsprechende Einrichtungen und Strukturen im Rahmen einer demokratischen Konfliktkultur gewaltfrei und konstruktiv ausgetragen.

Zugleich steht unsere Gesellschaft vor neuen Herausforderungen und Konflikten. Wenn es nicht gelingt, auf diese durch aktive Gestaltung der Demokratie und konstruktive Konfliktkultur angemessen zu reagieren, haben diese das Potential, in Gewaltausbrüchen und massiven Gefährdungen des Zusammenlebens zu eskalieren.

Diese Herausforderungen stehen in enger Verbindung mit tief greifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Eine besondere Rolle spielen dabei die fortschreitenden Auswirkungen des Prozesses der Globalisierung und den damit einhergehenden Verunsicherungen in Bezug auf Identitäten, Werten und Normen.

Im Einzelnen lassen sich folgende Herausforderungen beispielhaft beschreiben:

- Zwischen den unterschiedlichen sozialen, politischen und kulturellen Gruppen unserer Gesellschaft bestehen zunehmende Gräben. Kommunikation, Begegnung und Austausch über die eigene Gruppe hinaus finden in Alltag und öffentlichem Leben oft nur punktuell und zufällig statt.
- Hohe Arbeitslosigkeit bzw. unsichere, prekäre Arbeitsverhältnisse, kombiniert mit zum Teil schwierigen sozialen Situationen und Perspektivlosigkeit für große Teile der Bevölkerung, erzeugen Frustrationen und Angst vor sozialem Abstieg.
- In vielen Teilen der Gesellschaft existieren rassistische, nationalistische und antidemokratische Denkmuster, Verhaltensweisen und Diskurse. Rechtsextreme Parteien und Strukturen stellen die Menschenrechte und die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage.
- Geringe Wahlbeteiligung und ein sinkendes Engagement in politischen Vereinigungen und Parteien sind sichtbare Zeichen einer zunehmenden Verdrossenheit bzw. von Misstrauen in das politische System und seiner Institutionen sowie deren Veränderungsmöglichkeiten.
- Migrantinnen und Migranten insbesondere der jungen Generation haben große Schwierigkeiten, in der deutschen Gesellschaft ihren Platz zu finden. Dieser wird ihnen oft gar nicht zugestanden und sie werden mit ihrer spezifischen Situation allein gelassen. Bleibt die Frage der Integration ein Problem der Minderheit – so ist es nicht zu bewältigen, dies führt zu Überforderung und Rückzug (oder zu Aggression und Gewalttätigkeit).

¹ Nähere Informationen zur Plattform Zivile Konfliktbearbeitung finden sich in der Charter der Plattform unter www.konfliktbearbeitung.net.

- Der verstärkte Sicherheitsdiskurs der Gesellschaft und ein damit im Wechselverhältnis stehendes Unsicherheitsgefühl führen zu Maßnahmen und Gesetzen des Staates, die Menschen- und Grundrechte beschränken.
- Der globale Klimawandel, die Verknappung der natürlichen Ressourcen und die fortschreitende Umweltzerstörung sind Realität und nicht mehr zu leugnen. Das Konsumverhalten vor allem auch in unserer Gesellschaft überschreitet die Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme. Konflikte aus diesen Entwicklungen heraus betreffen auch unsere Gesellschaft.
- Deutschland ist nicht abgeschottet von den Konflikten in der globalisierten Welt: Konflikte um Werte, Lebens- und Herrschaftsformen oder Konflikte in und zwischen religiösen und ethnischen Gruppen spiegeln sich auch in unserem Land wider.
- In politischen Diskursen insbesondere über Auslandseinsätze des Militärs ist eine zunehmende Anerkennung der Anwendung von Gewalt und gewaltsamer Umgang mit Konflikten zu verzeichnen. Fragen des Einsatzes des Militärs im Inneren und sogenannte Antiterrormaßnahmen machen diesen Diskurs auch zu einer innenpolitischen Frage.

2. Vision einer zivilen Konfliktbearbeitung im Inland

Unsere Vision ist, dass eine konstruktive Konfliktkultur in der Breite der Gesellschaft verankert ist und so die oben beschriebenen Herausforderungen angemessen bearbeitet werden können.

Dies spiegelt sich darin,

- dass Menschen kompetent in Methoden der konstruktiven Konfliktaustragung sind und diese Kompetenz durch vielfältige Bildungsangebote erwerben können;
- dass die gesellschaftlichen Strukturen eine langfristige Arbeit an Konflikten ermöglichen und fördern;
- dass zentrale gesellschaftliche Akteure wie Medien Multiplikator einer konstruktiven Konfliktkultur sind;
- dass Gesetze und staatliche Strukturen der konstruktiven Austragung Vorrang vor urteilenden und strafenden Verfahren einräumen.

3. Was ist zivile Konfliktbearbeitung?

Grundlage der zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) ist ein Konfliktverständnis, welches davon ausgeht, dass in Konflikten die Bedürfnisse von Menschen in Verhandlung gebracht werden. Durch die Klärung der Bedürfnisse und Interessen sowie eine gemeinsame Suche nach Lösungen, können die Logik von Gewinnen und Verlieren überwunden und ein für alle Seiten positiver Ausgleich erreicht werden.

Konflikte können so als Chancen und Potential zur Bearbeitung von Problemsituationen und zur Weiterentwicklung von Individuen, ihren Beziehungen und Strukturen verstanden werden.

Eine grundlegende Prämisse der zivilen Konfliktbearbeitung besagt, dass Konflikte nur dann eine Aussicht auf nachhaltige Klärung für die Beteiligten und die Freisetzung der positiven Potentiale haben, wenn sie gewaltfrei bearbeitet werden.

Das Konzept der zivilen Konfliktbearbeitung geht davon aus, dass sich der Prozess der Konfliktbearbeitung mit entsprechenden Instrumenten und Methoden aktiv gestalten lässt. Die gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten liegt dabei in erster Linie bei den direkt am Konflikt Beteiligten. Doch können sie dabei von außen stehenden Akteuren im Prozess der Bearbeitung unterstützt oder gestärkt werden. Präventiv kann eine Vermittlung und Stärkung von Kompetenzen für die Konfliktbearbeitung erfolgen.

Es gilt, die entsprechenden Werkzeuge der gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu entwickeln, zu erlernen bzw. zu vermitteln und anzuwenden sowie für notwendige Rahmenbedingungen zu sorgen.

Wesentliche Merkmale von ZKB sind:

- Grundlage für die Konfliktbearbeitung ist eine umfassende Konfliktanalyse, welche die Konfliktbeteiligten, -gegenstände und -situation sowie bestehende Ressourcen einbezieht.
- Umfassende Konfliktbearbeitung muss für nachhaltige Wirkungen immer die personale, die strukturelle und die kulturelle Ebene im Blick haben, was die Fokussierung auf einzelne Bereiche nicht ausschließt.
- Zivile Konfliktbearbeitung kann durch externe, vom Konflikt nicht unmittelbar betroffene, und durch interne, vom Konflikt betroffene, Akteure geschehen.
- Eine kritische Reflexion der eigenen Rolle ist ein Schlüssel zum Erfolg, dazu gehört das Respektieren der eigenen Grenzen.
- Letztlich können nur alle vom Konflikt Betroffenen eine für sie passende Lösung finden.
- Grundlegend ist eine Wertschätzung allen Beteiligten gegenüber. Dabei ist leitender Wert die Bindung an Menschenrechte und die Prinzipien der Demokratie.
- Konfliktbearbeitung unterstützt den Prozess der Beteiligten, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Nach einer klaren Analyse zur Erhellung der Konfliktodynamik werden geeignete Methoden ausgewählt und angewandt. Diese können Arbeit mit einer Konfliktpartei, mehreren oder allen Konfliktparteien umfassen. Eine gute Konfliktbearbeitung weiß um den richtigen Zeitpunkt.
- Eine gewaltfreie Eskalation bzw. Intensivierung eines Konfliktes kann notwendig sein, um einen Konflikt überhaupt bewusst und bearbeitbar zu machen. Gewalt ist in jedem Fall zu minimieren.

Die gegenwärtigen Herausforderungen und Konflikte lassen sich nur durch gemeinsames Agieren von Zivilgesellschaft, Markt und Staat konstruktiv bearbeiten. Dafür sind neue Instrumente, Ansätze und Akteure notwendig, welche über bestehende Strukturen hinausgehen. Solche neuen Instrumente und Ansätze, die konstruktive, den Frieden und die Gewaltfreiheit fördernde Transformation von Konflikten anstreben, sind in der ZKB im In- und Ausland in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt und angewandt worden.

4. Erfahrungen im In- und Ausland

Jahrzehntelange Erfahrungen der Friedens- und Versöhnungsarbeit im Ausland haben u.a. zur Herausbildung von zivilgesellschaftlichen Strukturen, wie der Plattform ZKB, zur Entwicklung von Instrumenten wie dem Zivilen Friedensdienst, einem Gemeinschaftswerk staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, und zur Herausbildung von Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung geführt. So sind in den letzten Jahren Konzepte entwickelt und Erfahrungen zur Zivilen Konfliktbearbeitung im Ausland gesammelt worden.

Auch im Inland wenden zivilgesellschaftliche oder staatliche Akteure Methoden der gewaltfreien konstruktiven Konfliktbearbeitung an. Im Mittelpunkt steht die nachhaltige Bearbeitung sozialer Konflikte, mit dem Ziel unmittelbar Gewalt zu vermindern und langfristig den gewaltfreien Umgang mit Konflikten in Strukturen zu verankern.

Im Inland werden in vielen Arbeitsfeldern erfolgreich Methoden der ZKB angewandt und es haben sich neue Berufsbilder entwickelt. Dazu gehören: Mediation, Täter-Opfer-Ausgleich, Gemeinwesenarbeit, Antirassismearbeit, transkulturelle / interkulturelle Arbeit, Beratungs- und Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung, Friedenspädagogik, Gewaltprävention. Diese Aufzählung ist nicht abgeschlossen, insbesondere da sich die Arbeitsfelder entwickeln und verändern und neue entstehen.

5. Derzeitige Rahmenbedingungen

Die Arbeit an konkreten innergesellschaftlichen Konfliktfeldern benötigt, um langfristig wirksam sein zu können, Kontinuität und Verlässlichkeit. Dies ist unter den gegebenen Bedingungen nur unzureichend möglich.

Die Rahmenbedingungen für ZKB in Deutschland sind sehr stark durch Förderstrukturen und Förderbedingungen für einzelne Projekte geprägt. Die praktische Arbeit wird belastet durch relativ kurzfristige Finanzierungen und mangelnde Planungssicherheit. Gefahr ist, dass Lernerfahrungen aus Projekten so nur mangelhaft gesichert werden. Mitarbeitende, deren Projekte ausgelaufen sind, suchen sich häufig neue Arbeitsstellen, so dass hier qualifiziertes und eingearbeitetes Personal für die Arbeit im Themenkontext verloren geht. Diese Förderstruktur bedingt ebenfalls eine wachsende Bürokratisierung. Für Mitarbeitende wächst der Anteil der Arbeitszeit, die für die Akquise und Verwaltung von Projekten aufgewendet werden muss. Dementsprechend weniger Zeit steht damit für die konkrete inhaltliche Arbeit zur Verfügung.

Eine Vernetzung der vielfältigen Arbeitsfelder und unterschiedlichen Methodenansätze der ZKBI findet bisher allenfalls ansatzweise statt. Übergreifende Strukturen des konzeptionellen Austauschs, der Diskussion von Methoden und ihrer Anwendungspraxis sowie wissenschaftliche Forschung hierzu fehlen bisher weitestgehend. Ebenso fehlt bislang eine systematische Überprüfung, inwieweit Konzepte der Arbeit im Ausland im Inland hilfreich sind, und andersherum.

In der Öffentlichkeit sind die Arbeitsfelder und ihre Chancen nicht angemessen repräsentiert, Strukturen für eine gemeinsame politische sowie gesellschaftliche Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit haben sich noch nicht herausgebildet.

Die AG ZKBI ist der Überzeugung, dass angesichts der Herausforderungen in Deutschland und zum Erhalt und Weiterentwicklung einer demokratischen Kultur die Erfahrungen der ZKB im In- und Ausland genutzt und weiterentwickelt und auf breiter Ebene umgesetzt werden sollten.

6. Anstehende Aufgaben

Die AG sieht derzeit folgende nächste Schritte:

- Die Vernetzung der Akteure und ihren fachlichen Austausch ausbauen! Dies soll in einem konstruktiven Miteinander vielfältiger zivilgesellschaftlicher sowie staatlicher Akteure geschehen.
- Die Erfahrungswerte aus den unterschiedlichen Arbeitsfeldern abbilden und zugänglich machen!
- Die Lobbyarbeit bei politischen Entscheidungsträgern verstärken! Dies soll auf die Förderung von ZKB und den Aufbau nachhaltiger Strukturen abzielen.
- Offene inhaltliche und strategische Fragen klären! Die AG diskutiert aktuell:
Wie kann die Bedeutung der ZKB im Bewusstsein der Menschen durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gesteigert werden?
Wie ist die Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft auszugestalten?
Wie kann ZKB in vorhandene Strukturen integriert werden, welche neuen Strukturen sind aufzubauen?
Wie sollten Angebot und Bedarf aufeinander abgestimmt sein? Welche Angebote sollten langfristig und grundlegend, welche kurzfristig und punktuell vorgehalten werden?

Kontakt über den Koordinator der AG ZKBI Bernd Rieche (rieche@friedensdienst.de)